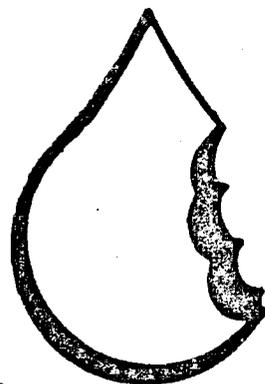


Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT -

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 461071

IKT-Info-Dienst

16/Apr. 89



Termine:

Fachtagung: "Sind Hausbrunnen sanierbar?" (Möglichkeiten und Alternativen), bitte in der Geschäftsstelle anmelden!
Termin: Sonntag, 28. Mai, 11 - 16 Uhr
Ort: 8825 Weidenbach (Triesdorf, Lkr. Ansbach), 3 km von B 13 (Strecke Ansbach - Gunzenhausen) entfernt, Gasthaus Sammeth-Bräu

Wahltag ist Zahltag

Obwohl die letzten Jahrzehnte bayerischer Wasserwirtschaftspolitik wenig Anlaß zum Optimismus gegeben haben, hat die IKT von Anfang an den Dialog mit der Wasserwirtschaft gesucht. Nach anfänglichen Berührungsgängsten von seiten der Behörden kam es dann Ende 1988 zu zwei Gesprächsrunden in der Obersten Baubehörde. Es zeigte sich aber schnell, daß die bayerische Wasserwirtschaft trotz anderslautender Beteuerungen noch immer ihren gigantischen Fernwasserkonzepten nachhängt.

Während man früher überdimensionale Fernwasserstränge häufig nur zur technokratischen Selbstbefriedigung unter dem Motto "Ausgleich und Verbund" kreuz und quer durch Bayern plante und auch weitgehend realisierte, so spricht man heute nur noch dezent von Abrundung und Ausbau. Geändert hat sich trotzdem wenig, die Fernwasserwege schwappt weiter über das Land. Dabei gibt es heute in den Behörden schon etliche, die den Unsinn einer derartigen Fernwasser-Monokultur erkennen. Aber die Wasserwirtschaft hat sich viel zu sehr im Spinnennetz der eigenen Fernwasserstränge verstrickt. Heute sind es die Sachzwänge der verfehlten Politik vergangener Jahrzehnte, die die Fern-

wassernetze weiter ausufern lassen:

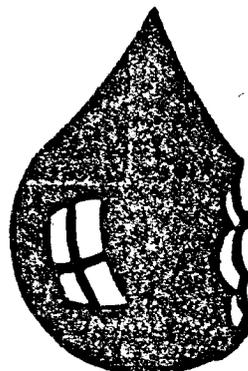
Endstränge mit abgestandenem Wasser, die nur durch Ringleitungen entschärft werden können; überdimensionierte Leitungen, die erst durch immer neue Abnehmer rentabel werden; qualitativ schlechtes Fernwasser, das nur durch Mischung quer durch Bayern (sprich: Schadstoffverdünnung) trinkbar ist; politische Weichenstellungen und behördliche Versäumnisse, die seit einem Jahrzehnt den flächendeckenden Grundwasserschutz verhindert haben und die kommunalen Anlagen vielerorts verlüdern ließen. All das soll nun unter dem Motto "Abrundung" ausgebügelt werden.

Wider besseres Wissen rät die Wasserwirtschaft immer noch in vielen Teilen Bayerns zum Fernwasseranschluß, weil man todsicher auf Wasser stößt, wenn man die Fernleitung anbohrt, was bei einer Brunnenbohrung nicht immer garantiert ist. Und Zuschüsse gibt's fürs teure Fernwasser noch allemal. Kein Wunder, daß auch mancher Kommunalpolitiker aufs Fernwasser abfährt. Daß die Wissenschaft neuerdings sogar nachgewiesen hat, daß das Ozonloch auch auf die übermäßige Stickstoffdüngung zurückzuführen ist, zählt angesichts kräftig sprudelnder

IKT: Adressen ... Konto ...

1. Landesvorsitzender: Sebastian Schönauer, Jetsbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, 06094/457
2. Landesvorsitzender: Dr. Ernst Schudt, Mammerschmiede 2, 8947 Frechenrieden, 08392/221
Landesgeschäftsführer: Peter Rthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, 0931/461071
Landesschatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghauslach, 98552/1846
Schriftführer: Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reundorf, 09571/5664
Beisitzer: Reinhardt Brendel, Am Büchenstock 296, 8556 Götweinsteine, 09242/424
Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, 09243/1808
Dietmar Malich, Hauptstr. 16, 8359 Aicha v. Wald, 08544/8645
Sören Mic, Eyber Str. 13, 8800 Ansbach, 0981/14213
Hermine Silbereisen, 8399 Ruhstorf 2/ Schmidham, 08534/226
Irene Stubert, Sauerbruchstr. 4, 8580 Bayreuth, 0921/31080
Norbert Zimmermann, Ulmenweg 4, 8481 Parkstein, 09602/5167

IKT-Konto: Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323



Zuschüsse wenig.

Etwas weniger drastisch formuliert, aber doch deutlich genug kann man dies im Informationsbericht 5/87 des Landesamtes für Wasserwirtschaft nachlesen:

Maßnahmen zur Ursachenbeseitigung übermäßiger Nitratbelastungen des Grundwassers müssen bei den Abhilfemaßnahmen Vorrang haben; ... Technische Alternativen, wie Tiefbrunnen und überörtliche Wasserbeleitungen, können zwar kurzfristig das Nitratproblem lösen, sie engen aber längerfristig den wasserwirtschaftlichen Handlungsspielraum weiter ein. Technische Alternativen sollten deshalb nur in begründeten Ausnahmefällen, wenn eine erfolgversprechende Ursachenbeseitigung nicht absehbar ist, befürwortet werden.

Die Praxis sieht leider etwas anders aus. Nach der Auswertung der Jahresberichte (Stand: 01.03.1987) wurden in 179 Fällen - das betrifft 41 % der Anlagen mit Nitratwerten über 50 mg/l - technisch-betriebliche Maßnahmen zur Verringerung des Nitratgehaltes im Trinkwasser durchgeführt bzw. sind im Bau oder geplant."

Im Klartext heißt das: Man hat nicht saniert, sondern Fernwasser beigeleitet oder tiefer gebohrt. Leider ist momentan auch von den verantwortlichen Politikern keine Trendwende zu erwarten, wie das Bürgerforum des Bayer. Fernsehens in Triesdorf gezeigt hat, wo sich die Staatssekretäre Maurer und Beckstein im Zweifel immer auf die Position zurückgezogen haben, die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser sei "hervorgehobene kommunale Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis der Gemeinden". Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man die Gemeinden mit ihren Trinkwasserproblemen immer dann hängen läßt, wenn sie ihre Ortsversorgung sanieren wollen. Liebäugeln sie aber mit dem Fernwasser, fließen die Millionen aus dem Steuersäckel.

Deprimierend ist auch die Reaktion auf die Landtagsinitiative der IKT. Die IKT hatte im November letzten Jahres in einem Schreiben an alle Fraktionen eine Anhörung zu den Trinkwasserproblemen angeregt. Viele Gemeinden und Bürgerinitiativen aus allen Teilen Bayerns haben sich dieser Forderung angeschlossen. Die GRÜNEN haben daraufhin im Umweltausschuß des Landtags eine Anhörung beantragt, was von der SPD unterstützt, aber mit den Stimmen der CSU abgelehnt wurde. Die Staatsregierung und die sie tragende Partei müßten endlich einsehen, daß man die Trinkwassermisere nicht aussitzen kann, sondern daß nur drastische, flächendeckende Sofortmaßnahmen, wie sie die IKT in ihrem Wasserversicherungsprogramm gefordert hat, einen allgemeinen Trinkwassernotstand verhindern können.

Zudem können zaghafte Versuche des Landtags eine Trendwende zu mehr Sanierung vor Ort nichts bewirken, solange Regierung und Bürokraten unbeirrt am Fernwasser-Totalkonzept festhalten. Deutlich wird dies am geplanten Hafentalspeicher. Zwar hat der Landtag einem CSU-Antrag aus dem Jahre 87 zugestimmt, daß dieser Speicher nur weiter projektiert werden soll, wenn der Wasserbedarf Unterfrankens nicht durch Sanierung kommunaler Anlagen usw. gedeckt werden kann. (GRÜNE und SPD forderten den sofortigen Planungsstopp). In der 1988 herausgegebenen Schrift "Wasserwirtschaft in Bayern als Zukunftsauftrag und Herausforderung" (Heft 22 der Schriftenreihe des Landesamtes für Wasserwirtschaft) ist auf S. 65 nachzulesen:

"Aufgrund der Bedarfsentwicklung oder unzureichender Trinkwasserbeschaffenheit sind vor allem im Bereich nordbayerischer Fernwasserversorgungen noch ergänzende Ausbaumaßnahmen notwendig, insbesondere der Verbund zwischen der WFW und der FWO, der Anschluß des unterfränkischen Gipskeuper-Landes an die FWO, der Verbund zwischen der WFW und der FWM (im Bau) und der Bau einer Trinkwassertalsperre im Hafentals zur Deckung des Wasserbedarfes in Unterfranken."

Kampagne "Wahltag ist Zahltag"

Damit die Bürger nicht weiter von den Politikern mit schönen Worten abgespeist und von der Staatsbürokratie untergebügelt werden, ruft die IKT ihre Mitgliedsinitiativen zur Kampagne "Wahltag ist Zahltag" auf. Da erfahrungsgemäß die Interessen des Bürgers in der Zeit vor einer Wahl stärker berücksichtigt werden, will die IKT den Zeitraum vor den anstehenden Wahlen (Europa-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl) nutzen, um ihre Vorstellungen und Konzepte für eine Erhaltung und Sanierung der kommunalen Anlagen und für einen flächendeckenden Grundwasserschutz ins Blickfeld zu rücken. Geplant sind für den kommenden Herbst und Winter zentrale Veranstaltungen in allen Regierungsbezirken. Außerdem hat der IKT-Vorstand auf seiner letzten Sitzung die Erarbeitung eines Fragenkatalogs beschlossen, mit dem vor allem Kommunal- und Landespolitiker auf ihre Einstellung zur kommunalen Trinkwasserversorgung hin "überprüft" werden sollen. Diese Kampagne sollte auf keinen Fall für eine parteipolitische Festlegung für die eine oder andere Seite genutzt werden. Sinn ist es vielmehr, dem Bürger vor der Wahlentscheidung klarzumachen, wie sich die einzelnen Politiker zur Sicherung der kommunalen Selbstversorgung stellen. Unser Ziel muß es auch sein, möglichst noch im Vorfeld der Wahlen eine Weichenstellung hin zur Sanierung der Eigenversorgung zu erreichen (geologische Gutachten, Ausweitung des Wasserschutzgebiets, Verschärfung der Schutzverordnung usw.). Wir müssen jetzt aktiv werden, nach den Wahlen werden unsere Einflußmöglichkeiten bedeutend geringer sein. Bitte planen Sie deshalb auch im lokalen Bereich für den Herbst eigene Veranstaltungen, in denen Sie den Politikern "auf den Zahn fühlen". Vorher sollten Sie den Kandidaten und Parteien einen Fragebogen zusenden und vorab um schriftliche Antwort bitten. Wir werden Ihnen einen Musterfragebogen spätestens bis Ende Juli zukommen lassen.

Der IKT-Landesvorstand bittet alle Mitglieder, Vorschläge für den "Wasserfragebogen für Politiker" umgehend an die Geschäftsstelle zu senden. Mitgliedsinitiativen, die daran interessiert sind, eine zentrale Veranstaltung auszurichten, sollten sich ebenfalls melden.

Im Mittelpunkt unserer Kampagne müssen immer unsere Sachargumente stehen. Mit unserer nun druckfrisch vorliegenden Broschüre "Sauberes Wasser aus eigenen Quellen" liegt unseren Mitgliedern und interessierten Kommunen und Bürgern mittlerweile eine ausführliche Darstellung des Trinkwasserproblems, möglicher Lösungsansätze und unserer Zielvorstellungen vor. Die IKT beweist mit dieser Broschüre ein weiteres Mal, daß es ihr nicht um Agitation, sondern um gezielte Information der betroffenen Bürger und Gemeinden geht. Minister Nüssel, Staatssekretär Gauweiler und Ministerialrat Hurler rennen bei uns also nur offene Tü-

ren ein, wenn sie uns auffordern, die staatliche Beratung und Information zu unterstützen. Auf unser Angebot im letzten IKT-Info-Dienst, Interessierten das Merkblatt des Landesamts für Wasserwirtschaft zur Sanierung von nitratbelasteten Wassergewinnungsgebieten zuzusenden, haben wir Anfragen von Kommunen aus dem ganzen Bundesgebiet und sogar aus der Bauernverbandszentrale in München erhalten. Es ist traurig, daß die Wasserwirtschaft ihre spärlichen Ansätze zu einer vernünftigen Problemlösung so hoch hängt, daß die Kommunen über die IKT die offiziellen Merkblätter bestellen müssen.

Die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern hat in den gut drei Jahren ihres Bestehens mit mittlerweile knapp hundert Vollmitgliedern (Kommunen und Interessengemeinschaften) aus allen Teilen Bayerns und vereinzelt sogar aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Beachtliches geleistet. Eine Fülle von Fachtagungen, von Informationsveranstaltungen, mittlerweile 16 Info-Dienste, eine ganze Reihe von Sonderveröffentlichungen und unsere neueste Trinkwasserbroschüre in einer Auflage von 7000 Exemplaren sind nur ein kleiner Ausschnitt aus unserer Aktivitätspalette. Allerdings sind wir mittlerweile auch personell und finanziell an die Grenzen unserer Leistungskraft gestoßen. Wir sind deshalb auf weitere aktive Mitarbeiter und neue Mitglieder angewiesen, wenn wir wirklich eine Wende in der Wasserwirtschaft hin zum Schutz unserer

Lebensgrundlagen vor der eigenen Haustüre erreichen wollen.

Ich persönlich als ehrenamtlich tätiger Landesgeschäftsführer muß auch um Verständnis dafür bitten, wenn der ständig steigende Arbeitsanfall (oft mehrere Referate pro Woche irgendwo in Bayern, das Schreiben, Setzen, Drucken und Versenden der Info-Dienste, der Briefwechsel und die Pressearbeit) dazu führt, daß manches Schreiben erst nach einigen Tagen erledigt werden kann.

Kopfzerbrechen macht uns auch die finanzielle Situation, da der größte Teil unserer Mitgliedsbeiträge für Portokosten draufgeht. Wir können deshalb den Info-Dienst an Nichtmitglieder in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen kostenlos versenden und haben dafür ein Jahresabonnement (20,- DM) eingeführt. Die neue Trinkwasserbroschüre in der ansprechenden Aufmachung konnten wir nur realisieren, weil die Würzburger Hofbräu und der Staatliche Mineralbrunnen Bad Brückenau uns dabei unterstützt haben. Wir würden wesentlich mehr finanziellen Handlungsspielraum bekommen, wenn der eine oder andere sich mit einer Spende an den Druckkosten der Broschüre beteiligen würde, wie es dankenswerterweise unser Mitglied Heinrich Schweinfest aus Aub gemacht hat (Spendenkonto auf S.1 unten). Uns wäre auch geholfen, wenn sich einige Nichtmitglieder dazu entschließen könnten, den Info-Dienst zu abonnieren.

Peter Ethhöfer
Landesgeschäftsführer

aus politik und verwaltung ...

Landtagsanhörung der GRÜNEN

Am 14.2. und 7.3. veranstaltete die Landtagsfraktion der GRÜNEN eine Wasseranhörung, zu der auch die IKT geladen war, ihre Position darzustellen. Die GRÜNEN forderten u.a. eine Überprüfung und Ausweitung der Wasserschutzzonen und ein Anwendungs- und Produktionsverbot aller bereits im Grundwasser nachgewiesenen Pestizide. Sie traten für eine flächendeckende Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, für die drastische Einschränkung der Futtermittelimporte, die Ausweitung des mechanischen Pflanzenschutzes, die Förderung der Bodenpflege und eine stärkere Beachtung einer zweckmäßigen Fruchtfolge ein. Sie verwiesen darauf, daß nach Angaben des Instituts für Wasserforschung und Wassertechnologie in Wiesbaden allein die Untersuchung von Wasserproben auf 17 durch das Bundesgesundheitsamt ausgewählte chemische Wirkstoffe bei einem Kostenaufwand von ca. 2500 DM mindestens zwei Wochen dauern würde.

Wird generell auf Pestizide untersucht?

Bislang ging man davon aus, daß nach dem Inkrafttreten des Pestizidgrenzwertes im Oktober 89 das Wasser generell auf Pestizide untersucht wird. Eine Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Mehrlich vom 6.6.88 sorgt allerdings für Verwirrung:

Die Untersuchung des Trinkwassers auf Pflanzenschutzmittel (PSM) ist zeitaufwendig, schwierig und teuer. Sie kann nur von wenigen Speziallabors durchgeführt werden. Die Analyseverfahren müssen z.T. erst entwickelt werden. Eine routinemäßige Untersuchung auf PSM im Rahmen der Betreiberuntersuchungen ist daher derzeit nicht praktikabel. Von den Gesundheits- und Wasserwirtschaftsbehörden wird derzeit

bayernweit ein Sonderuntersuchungsprogramm „PSM im Trinkwasser“ durchgeführt. Von den Ergebnissen wird es abhängen, in welchem Umfang künftig von den Betreibern der Wasserversorgungsunternehmen solche Untersuchungen verlangt werden müssen.

Mehrlich hat außerdem im September 88 die Aufnahme der Wasserschutzzonen in die Gebietskulisse des Kulturlandschaftsprogramms gefordert.

Flächenstillegung ein Flop

Die Flächenstillegung wird von den Landwirten nur relativ schwach angenommen. In Baden-Württemberg hat Landwirtschaftsminister Weiser mit 10.000 Anträgen und 40.000 ha Stillegungsfläche gerechnet. Tatsächlich kamen nur 5000 Anträge mit 23.000 ha zusammen. Zudem ist die Flächenstillegung für das Grundwasser durchaus problematisch, da der Aufwuchs nicht entfernt werden darf und nach dem Ende der Stillegung mit einer erheblichen Freisetzung von Nitrat, ähnlich wie beim Grünlandumbruch, zu rechnen ist.

Umweltgerechter Pflanzenbau

Mit dem Programm "Umweltgerechter Pflanzenbau" will das Bayer. Landwirtschaftsministerium neuerdings den steigenden Nitrat- und Pestizidwerten begegnen. Erreichen will man das mit ca. 100.000 Bodenanalysen vor allem in Wasserschutzgebieten und dem sog. Tiefbohrprogramm. Dies geht auf die Erfahrungen des Marktes Großostheim zurück, wo man in Eigeninitiative aus bis zu 10 m Tiefe Proben entnommen und dabei teilweise erschreckende Stickstoffwerte gefunden hat. Z.Z. ist ein Tiefbohrgerät in ganz Bayern im Einsatz, allenfalls ein Tropfen

auf dem heißen Stein. Vor Ostern nahm man z.B. in Margetshöchheim Proben, ganze drei waren geplant. Erst nach massivem Nachhaken des Vertreters der Wasserwirtschaft und eines Gemeindevertreters war man bereit, die Anzahl zu verdoppeln. Weiterhin will man ein flächendeckendes Netz von Wetterstationen aufbauen, um dem Landwirt verlässliche Empfehlungen für Düngung und Spritzung geben zu können.

Dieses Programm ist ohne Zweifel zu begrüßen, leider kommt es um Jahre zu spät. Außerdem wird man in den Problemgebieten nicht umhin können, mit drastischen Auflagen bei gleichzeitigem Ausgleich für die Landwirte die Bereitschaft zum umweltgerechten Pflanzenbau zu steigern.

Gesundheitsämter sollen Grundwasser sanieren

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) hat den staatlichen Gesundheitsämtern empfohlen, sich in Verbindung mit den Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsämtern um die Feststellung der Wassereinzugsgebiete, die Ausweisung der Wasserschutzgebiete, die Information der Bauern und um die Aufstellung eines Sanierungsplans zu kümmern. Wörtlich heißt es in der Empfehlung:

"Während der Sanierung kann eine Aufbereitung zum Entfernen von PSM (Pflanzenschutzmitteln) vertretbar sein, jedoch werden zahlreiche PSM auch bei Anwendung von Aktivkohle nicht ausreichend eliminiert. Über die Höhe gesundheitlich noch zulässiger befristeter Überschreitungen der Konzentration an PSM im Trinkwasser wird nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse eine Empfehlung des BGA ... vorgelegt."

rund ums wasser ...

Pestizide in Talsperren

Laut BBU-Wasserrundbrief 135 werden in der Stevertalsperre bei Haltern, aus der der Gelsenwasserkonzern einen Großteil seines Wassers bezieht, Pestizide wie Atrazin, Simazin, Tebutylazin, Chltholuron, Methabenthezuron und Diuron nachgewiesen. Der ab 1.10.89 geltende Summengrenzwert von 0,5 µg wird regelmäßig überschritten. Der NRW-Umweltminister hat deshalb für das Einzugsgebiet der Talsperre ein Atrazin- und Simazinverbot erlassen. Die anderen Mittel konnten nicht verboten werden, da es für sie keine W-Auflage gibt und sie deshalb weiter in Wasserschutzgebieten eingesetzt werden können.

Düngesünder an den Pranger

In Homburg (Ufr.) will der örtliche Winzerverein in Zukunft die Kollegen, die aufgrund von Bodenproben als Überdünger aktenkundig sind, im Aushängkasten öffentlich bekanntmachen.

Tausende für nicht verbrauchtes Fernwasser

An der Praxis der Fernwasserverbände, den Gemeinden hohe Abnahmeverträge anzudrehen, liegt es, daß sich Wassersparen nicht lohnt. So müssen die Eisenheimer (Lkr. Würzburg) 3000,- DM für nicht verbrauchtes Fernwasser bezahlen, weil die Garantiemengen auf jeden Fall zu befrachten sind.

Grünland liefert mehr Grundwasser als Wald

Eine Untersuchung des Landesamtes für Wasser und Abfall in NRW hat bestätigt, daß die Grundwasserneubildung bei Grünland um etwa 100-200 mm/a höher als bei Laub- bzw. Nadelwald liegt. Da unter Grünland kaum mehr Nitrat

Damit bestätigt sich, was wir schon lange vermutet haben. Auch bei PSM wird es Übergangsfristen geben. Es bleibt nur zu hoffen, daß man nicht ähnlich wie bei den Nitratwerten die Übergangsfristen ohne ernsthafte Sanierungsmaßnahmen verstreichen läßt.

Warnung der LAWA

Auf einem Kolloquium der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Dezember 88 hat die Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) die Besorgnis geäußert, die Denitrifikationskapazität in den tieferen Bodenschichten könne bei weiterer intensiver Düngung verlorengehen. Das bedeutet, daß die Selbstreinigungskraft der Böden erschöpft ist und flächendeckend mit einem noch gewaltigeren Anstieg der Nitratwerte zu rechnen ist. In tieferen Bodenschichten findet nämlich durch Bakterien ein natürlicher Nitratabbau statt, der aber an das Vorkommen von Kohlenstoff gebunden ist. Werden aber die humosen Bestandteile im Unterboden durch die Überdüngung verbraucht, erlahmt die natürliche Fähigkeit des Bodens, Nitrat abzubauen.

Immer weniger kommunale Anlagen

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Staatsregierung werden immer mehr Bürger mit Wasser aus Zweckverbänden und nicht mehr aus rein kommunalen Anlagen versorgt. Uns liegen zwar keine genaueren neuen Zahlen vor, aber bereits 1979 wurden laut Statistik 54,6 % der Gemeinden Bayerns durch Zweckverbände versorgt. Über 35 % der Einwohner erhielten ihr Wasser direkt oder mittelbar von einem Zweckverband. Inzwischen dürften es wesentlich mehr sein.

als bei Wald entsteht, dürfte die Grünlandanlage gerade für kleinere Gemeinden die schnellste und günstigste Form der Schutzgebietssanierung sein.

Stickstoffverbrauch weiter gestiegen

Laut AID-Infodienst 12/88 ist der Stickstoffverbrauch im Wirtschaftsjahr 87/88 auf 133,8 kg/ha gestiegen. Das waren 2,4 kg mehr als im Vorjahr.

Sonderkulturen sehr düngintensiv

Einer Dokumentation über eine Tagung des Fachverbandes Stickstoffindustrie im April 87 in Würzburg kann man entnehmen, daß Sonderkulturen erheblich an der Nitratbelastung des Grundwassers beteiligt sein können. Spitzenreiter bei der Nitratauswaschung sind Spargel, Gemüse, Tabak und Erdbeeren, bei den landwirtschaftlichen Kulturen liegen Mais und Frühkartoffeln an der Spitze. Diese Untersuchung sollte sich die Landesanstalt für Wein- und Gartenbau in Veitshöchheim einmal genauer ansehen. Dort geht man nämlich immer noch davon aus, daß im Sonderkulturbereich kaum überdüngt wird.

Leinach will Fernwasser

Mit beispielloser Verantwortungslosigkeit hat der Leinacher Gemeinderat den Anschluß ans Fernwasser beschlossen. Die bestehende Quelle wollte man nicht sanieren, weil man gegen den Rat der Fachbehörden ins Wasserschutzgebiet einen Sportplatz bauen will. Obwohl in der näheren Umgebung nach einem Gutachten an zwei Stellen mit genügend Wasser zu rechnen ist, hat man den Fernwasseranschluß einer Bohrung

vorgezogen. Dabei verweigerte der Bürgermeister seinen Gemeinderäten den Einblick in das Gutachten. In einer Vorlesestunde gab er es nur auszugswise bekannt. Auch die Zahlen, die der Bürgermeister hinsichtlich der Kosten für die Eigenversorgung bekanntgab, waren äußerst fragwürdig.

Margetshöchheim vergibt Gutachten zur Nitrat-senkung

Die Gemeinde Margetshöchheim hat nun ein Gutachten an die Firma TGU vergeben, durch das das Einzugsgebiet der Wasserversorgung und die Herkunft der Nitratbelastung ermittelt werden sollen. In einer zweiten Phase soll das Büro Vorschläge zur weiteren Nitratreduzierung erarbeiten. Die Gemeinde wählte es aus einer Liste von Büros aus, die von der Obersten Baubehörde empfohlen wurden. Kleinere Gemeinden sollten sich jedoch überlegen, ob sie nicht lieber kleinere geologische Büros mit derartigen Untersuchungen beauftragen. Sie bekommen dann meist eine auf ihre Verhältnisse zugeschnittene Untersuchung, die sie auch bezahlen können.

Brunnen sanieren statt Bodenseewasser

Gegen den von der baden-württembergischen Landesregierung geplanten und mit bis zu 80 % bezuschußten Anschluß des Main-Tauber-Kreises an die Bodensee-Wasserversorgung rührt sich erheblicher Widerstand. Von Wertheim ausgehend haben sich jetzt auch in Kilsheim und Grünsfeld Bürgerinitiativen unter dem Motto "Brunnen sanieren statt Bodenseewasser" gegründet. Mit Unterschriftensammlungen und Informationsveranstaltungen wehren sich die von Mitgliedern aller Parteien und den Naturschutzverbänden getragenen BIS gegen das vom zuständigen Regierungspräsidenten zum Staatsinteresse erhobene Fernwasser. Die Wertheimer BI hat sich mittlerweile der IKT angeschlossen. Eine Drohung mit einem Giftattentat und ein Flugzeugabsturz in den Bodensee haben in jüngster Zeit deutlich gemacht, daß es bedenklich ist, ein halbes Bundesland an den Tropf des Bodenseewassers zu hängen. Da die Grundwasserströme nicht vor Ländergrenzen haltmachen, wird sich demnächst eine länderübergreifende Aktionsgemeinschaft für flächendeckenden Grundwasserschutz im bayrisch-badischen Grenzgebiet bilden.

Gefährliche Prognosen

Der überdimensionale Ausbau der Fernwassernetze wurde bislang mit den Prognosen für den wachsenden Wasserverbrauch begründet. Daß diese Prognosen nicht länger haltbar sind, zeigt eine Untersuchung von Richard Stadtfeld über "Die Entwicklung der öffentlichen Wasserversorgung 1970-1987" in gwf Wasser-Abwasser 130 (1989). Der Verfasser stellt fest: "Die jeweils für das Jahr 1985 vom Battelle-Institut und der TU Berlin vorhergesagten Verbrauchswerte sind durch die inzwischen eingetretene Entwicklung widerlegt und werden weit unterschritten, wie ein Vergleich mit den Ergebnissen der BGW-Wasserstatistik zeigt. Insofern sind auch die für das Jahr 2000 prognostizierten Wasserverbräuche unrealistisch."

Steinwaldgruppe lehnt Ausgleich ab

Der ZV Steinwaldgruppe hat den Antrag eines Landwirts auf Ausgleich abgelehnt. Der Verbandsausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung eine standortgemäße Nutzung sei. Daraus leitet der Zweckverband den Schluß ab, daß

beispielsweise der Verzicht auf Düngung nicht ausgleichspflichtig sei.

Grundwasserbelastung durch Walddüngung

Das Landesamt für Wasserwirtschaft stellt sich in einem Schreiben an das Landwirtschaftsministerium auf den Standpunkt, daß eine Kalkung der Wälder zum Schutz vor Waldschäden zwangsläufig zu einer erhöhten Mineralisierung der Streu- und Humusaufgabe und somit zu einer verstärkten Nitratauswaschung führe. Eine weitere Folge könnten Versauerungsschübe in oberirdischen Gewässern oder im Grundwasser sein.

Hohe Nitratwerte in Hausgärten

Untersuchungen des Landwirtschaftlichen Untersuchungsamtes in Veitshöchheim haben ergeben, daß Kleingärten oft hoffnungslos überdüngt sind. Bodenproben werden dort fast nie genommen, und auf vielen Flächen wird unsinnigerweise intensiv mineralisch und organisch gedüngt. Dabei reicht in den meisten Fällen eine dünne Kompostschicht, um die Pflanze gut zu ernähren. Problematisch sind die Kleingärten auch deswegen, weil sie häufig in der Wasserschutzzone liegen.

Kein Ausbau der Hettstädter Steige

Die Würzburger Stadtwerke wehren sich schon seit einigen Jahren gegen den geplanten Ausbau der Hettstädter Steige, eine Straße, die durch das Fassungsgebiet der Zeller Quellen verläuft, die 60 % des Würzburger Wassers liefern. Nun haben auch die Vertreter der Stadt Würzburg Bedenken gegen den Ausbau. Man will auf jeden Fall eine Aufwertung der Straße verhindern, um nicht noch mehr Gefahrenpotential ins Fassungsgebiet zu ziehen. Wenn es nach den Stadtwerken ginge, würde die Straße geschlossen.

Zwei Millionen teurer

Die Schutzgemeinschaft Pottenstein erhebt schwere Vorwürfe gegen das Landesamt für Wasserwirtschaft. Hintergrund ist die Auseinandersetzung um die Höhe der Kosten für die Sanierung der Pottensteiner Wasserversorgung. Während das von der Schutzgemeinschaft beauftragte Büro Eppler aus Bamberg Kosten von ca. 4,6 Mio. DM ermittelt hatte, kam Baur Consult nach den Angaben der Schutzgemeinschaft im Juni 88 vor dem Pottensteiner Stadtrat nur auf eine Bausumme von 3,7 Mio. DM. Im Dez. 88 bezifferte Ing. Baur die Bausumme auf 5,56 Mio., mittlerweile sollen sie sogar bei 5,78 Mio. DM liegen. Die IKT Pottenstein bemängelt, daß das Landesamt von Anfang an das Büro Baur empfohlen habe und beim Kostenvergleich schlampig gearbeitet habe. Den Behörden hätte es sofort auffallen müssen, daß der Entwurf Baur's um 2 Mio. zu niedrig angesetzt gewesen sei, so daß die Lösung des Büros Eppler zu Unrecht aus dem Rennen geworfen worden sei, da ein reeller Vergleich nicht möglich gewesen war. Das Büro Baur ist uns übrigens schon mehrmals im Zusammenhang mit Bauentwürfen für Fernwasseranschluß bekanntgeworden.

Wasser + recht

Beitragsrecht

Bei uns gehen immer mehr Anfragen ein, die das Beitragsrecht bei Wasseranschlüssen betreffen. Wer fachkundigen Rat braucht, kann sich wenden an: IG für Grundstücksrecht e.V. (IGB), c/o Armin Keil, Im Riedbrunnen 18, 7401 Pliezhausen - Rübgarten, Tel. 07127/8519.

Ordnungsgemäße Landwirtschaft

In Baden-Württemberg überlegt man sich, ob man nicht auch außerhalb der Wasserschutzgebiete einen 90 kg-Grenzwert für Stickstoff einführen soll, der dann die Grenze für ordnungsgemäße Landbewirtschaftung wäre. Möglicherweise werden eine Definition der ordnungsgemäßen Landwirtschaft und eine Stickstoffgrenze auch in die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes aufgenommen.

Ergänzend ist festzustellen, daß die mittlerweile weitgehend anerkannte Grenze für wasserschonendes Wirtschaften bereits bei 45 kg N/ha liegt. Eine Veröffentlichung der DVGW-Forschungsstelle (Verfasser: Prof. Sontheimer u. Dr. Rohmann) vom September 86 belegt eindeutig, daß bereits bei diesem Wert mit einer erheblichen Einwirkung auf das Grundwasser zu rechnen ist. Bei einer angenommenen Grundwasserneubildungsrate von 220 mm/a wird das Sickerwasser nämlich mit 90 mg/l Nitrat belastet. Nur wenn im Boden noch nennenswert Nitrat abgebaut wird, ist damit zu rechnen, daß dieses Wasser im Brunnen deutlich unter dem Nitratgrenzwert der TVO liegt.

Wasserschutzgebiet über Ländergrenzen hinweg

Manchmal verzichten Kommunen auf ihre Eigenversorgung, weil sie meinen, ihr Wasser komme auch aus der Nachbargemeinde und sei deswegen nicht zu schützen. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Wasserschutzgebiete können sogar über die Grenzen eines Bundeslandes hinweg ausgewiesen werden. Z.Z. wird in Baden-Württemberg im Main-Tauber-Kreis ein Wasserschutzgebiet ausgewiesen, das sich auch in den bayerischen

Landkreis Würzburg erstreckt. Dazu ist zwar ein Staatsvertrag nötig, das hört sich aber schlimmer an, als es ist, da es sich um eine reine Formsache handelt.

Ausgleichszahlungen an Landwirte

Die IKT ist von der ersten Stunde an davon ausgegangen, daß man den Landwirten nur drastische Auflagen zumuten kann, wenn man ihnen einen fairen Ausgleich bietet. Ab und zu bekommen wir allerdings Informationen, daß der Bauernverband in manchen Orten die Anträge en bloc einsammelt und dann Ausgleich beantragt, auch wenn von den Landwirten in der Wasserschutzzone nicht anders als früher gewirtschaftet wird. Aus diesem Grunde sind wir an Informationen über die Höhe von Ausgleichszahlungen und den Umfang der Bewirtschaftungseinschränkungen interessiert.

Verordnungsentwurf für die Augsburgische WSZ

Die Stadt Augsburg beabsichtigt in ihrer Wasserschutzzone eine Verordnung zu erlassen, die deutlich über das behördliche Verordnungsniveau hinausgeht. Neu in Augsburg ist, daß neben den Zonen I und II die Zonen A1, A2 und B gibt. In den Zonen II und A1 ist der Ackerbau mit Ausnahme von Getreide mit Zwischenfruchtanbau generell untersagt. In diesen Zonen ist auch die Gülleausbringung verboten. Gartenbaubetriebe, Sonderkulturen und Kleingärten sind in den Zonen I, II, A1 und A2 verboten. Gemeinden mit Qualitätsproblemen beim Trinkwasser kann man nur raten, sich die Verordnungen des Landratsamts Eichstätt oder der Stadt Augsburg zum Vorbild zu nehmen.

literaturtip

Merkle, W., Rausch, P. (1986): Nitrat als gesamtökologisches Problem, Arbeitsunterlagen für den Unterricht; Hrsg: Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen; Druck: Verlag "Die Schulpraxis", Mülheim; ISBN 3-923214-19-7, 134 S., 10,-DM

Vor allem an Lehrer, aber auch an interessierte Laien richtet sich diese gut verständliche, kritische und sehr fundierte Einführung in die Nitratproblematik (64 Seiten Text).

Folgende Themen werden z.B. behandelt:

- gesundheitliche Auswirkungen: sehr genaue, etliche kritische Gedankengänge und Fakten, die man sonst nirgends findet
- Nitrat in Trinkwasser und Nahrungsmitteln: Anteil der verschiedenen Quellen an unserer

Gesamtbelastung, Höchstwerte,...

- Nitrat im Grundwasser und Gemüse: wie es zur Belastung kommt
- Lösungsansätze werden leider kaum behandelt. Darüber hinaus finden sich darin Materialien für den Unterricht:
- 51 Kopiervorlagen für Folien
- Versuchsbeschreibungen, didaktische Hinweise

Medienpaket "Die Wasserherren", Informationen und Katalog gegen 5 DM in Briefmarken von atlas film + av, Ludgeristr. 14-16, 4100 Duisburg 1; das dem Thema "Wasser" gewidmete Medienpaket behandelt die Probleme der Wasserkrise und zeigt Lösungen auf.

firmer + adressen

SEBA Messtechnik, Industriestr. 6, 8611 Bausnach, Tel. 09544/680

Die Firma SEBA bietet vor allem kleineren Gemeinden, die sich keinen großen technischen Apparat leisten können, eine Reihe von Leistungen im Trinkwasserbereich an: Rohrnetzbeurteilung, Planerstellung, Planrekonstruktion, Wasserverlustanalyse, Wasser-Rohrnetzanalyse.

Eine Marktlücke füllt das Ingenieurbüro Kelnhofer/Maidl (8440 Straubing, Alburger Hauptstr. 33, Tel. 09421/50667), das sich vor allem des Boden- und Grundwasserschutzes ange-

nommen hat. Dr. Maidl und Dipl.-Ing. Kelnhofer bieten Kommunen mit Trinkwasserproblemen u.a. ein 2 Maßnahmen umfassendes Paket zur Sanierung des Bodens und des Grundwassers an: 1) Bestandsaufnahme über im Boden vorhandene Mengen an grundwasserschädigenden Substanzen; 2) Sanierung der Wassereinzugsgebiete mit Hilfe konkreter Bewirtschaftungsempfehlungen und entsprechender Kontrolle;

Aus der Sicht der IKT sind derartige Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung technischen Symptombekämpfungsmaßnahmen wie Fernwasserbeileitung in jedem Fall vorzuziehen.

Hausbrunnentagung am 28.5.

Zur einer Hausbrunnentagung lädt die IKT am 28.5. (siehe Einladung auf S. 1) eine Reihe von Experten (Geologen, Juristen, Büros usw.) ein, um Möglichkeiten zur Sanierung von Hausbrunnen oder Alternativlösungen zu erörtern. Wir stellen uns vor, daß an dieser Tagung maximal drei Vertreter jeder Hausbrunnentagung teilnehmen, um das Thema intensiv diskutieren zu können. Bitte melden Sie sich rechtzeitig in der Landesgeschäftsstelle fernmündlich oder schriftlich an, damit wir Sie verständigen können, wenn sich eine Terminverschiebung ergeben sollte.

Bislang hat u.a. der Brunnenbauer Heinz Schuh seine Teilnahme zugesagt, der z.B. über die erfolgreiche Sanierung der Hausbrunnen eines ganzen Ortsteils und die Versorgung eines Ortsteils durch einen neu gebohrten zentralen Brunnen berichten wird. Geplant ist auch, auf Video eine fachgerechte Brunnenbohrung zu demonstrieren.

Beitrag, Info-Dienst-Abo

Bitte überweisen Sie Ihren Beitrag für 1989, falls Sie das bislang noch nicht getan haben sollten. Der Landesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung in Greding beschlossen, der Landesversammlung (die voraussichtlich am 15.10. stattfindet) eine Beitragserhöhung auf 60 bzw. 40 DM ab 1990 vorzuschlagen, da die

IKT-Kasse durch die Erhöhung der Portokosten erheblich belastet wird. Für Nichtmitglieder haben wir ein Info-Dienst-Abonnement zum Preis von 20 DM eingeführt.

"Sauberes Trinkwasser aus eigenen Quellen"

Unsere neue Broschüre liegt in der Regel diesem Info-Dienst bei. Bei Nachbestellungen müssen wir DM 3,50 incl. Porto verrechnen. Bei der Abnahme mehrerer Exemplare ermäßigt sich der Portoanteil.

Referate der Wasserfachtagung "Nitratsenkung"

Das Ansbacher Referat von Irene Stubert "Sanierung nitratbelasteter Trinkwasserversorgungsanlagen - Beispiele aus Bayern" und eine Kurzdarstellung der Margetshöchheimer Maßnahmen zur Nitratreduzierung ist als Sonderdruck gegen Voreinsendung von DM 1,80 in Briefmarken bei der Landesgeschäftsstelle erhältlich.

Dringender Aufruf

Bitte verständigen Sie umgehend die Geschäftsstelle, wenn sich bei Ihnen etwas tut!!! So interessieren uns etwa erfolgreich sanierte Brunnen, ergangene Gerichtsurteile, neue Wasserschutzzoneverordnungen usw. Nur wenn die Geschäftsstelle umfassend informiert wird, können wir auf Dauer erfolgreiche Arbeit für alle Mitglieder leisten!

Donnerstag, 26. Januar 1989 *Main-Post*

Immer mehr Brunnen entziehen Wasser

Gemeinde sieht sich FWF gegenüber machtlos

Sulzfeld (kuj) - „Wir schreiben uns die Finger wund, und in der Praxis sieht es doch: keine Chance!“ So Bürgermeisterstellvertreter Hannes Müller zu der Absicht der Fernwasserversorgung Franken (FWF), die noch weitere fünf Brunnen auf Sulzfelder Gemarkung bohren will, wie Bürgermeister Gerhard Schenkel in der Gemeinderatssitzung informiert. Besondere Bedenken erhob Werner Beck wegen möglicher Landzeitschäden und der riesigen Schutzzone.

Und noch einmal mißfiel eine Absicht der FWF: der Neubau der Aufbereitungsanlage mit Mischbehälter.

Wissenschaftler: Landwirte beraten

„Ozonloch auch Folge übermäßigen Düngens“

Gießen (dpa) - Zur Zerstörung der Ozonschicht in der Atmosphäre kann auch falsches oder übermäßiges Düngen in der Landwirtschaft beitragen. Diese Warnung stand am Ende einer internationalen Tagung an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.

Rund 260 Wissenschaftler besaßen sich mit Vorgängen im Stickstoffkreislauf, bei dem unter anderem zunächst Nitrat entsteht. Bakterien verarbeiten einen Teil des Nitrates zu Lachgas, das in die Atmosphäre entweicht und die vor ultravioletter Strahlung schützende Ozonschicht zerstört. Bislang gelten die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die unter anderem in Spraydosen, Kühlschränken und Klimaanlage Verwendung finden, als Hauptverursacher des

wachsenden Ozonlochs.

Die Wissenschaftler riefen zu verstärkter Forschung und Beratung über die Entstehung des Gases in der Landwirtschaft auf. Bislang könne man nicht genau sagen, wieviel Lachgas die im Boden befindlichen Bakterien in die Luft beförderten, erläuterte der Gießener Bodenkundler Johannes C. G. Ottow vor Journalisten. Er schätzt, daß im Jahre 2000 das Ozonloch zu etwa 20 bis 20 Prozent auf die bakterielle Umwandlung von Nitrat zu Lachgas zurückzuführen sein wird. Dieser Prozeß spiele sich auch bei der bakteriellen Trinkwasseraufbereitung ab, bei der Nitrat dem Wasser entzogen werde. Das Hauptproblem liege darin, daß heute noch zu wenig über den Düngerverbrauch der Pflanzen bekannt sei.

„Widerstand gegen Fernwasser lohnt sich“

Helmut Steininger (Bund Naturschutz) empfiehlt Landtags-Petition zum Erhalt der Eigenwasserversorgung

Schmidham (br). Neuen Mut hat der Landesgeschäftsführer des Bundes Naturschutz in Bayern, Helmut Steininger, den Streitern für eine Eigen-Trinkwasserversorgung in Schmidham gemacht. „Es lohnt sich, Widerstand zu leisten gegen ein Projekt, das nach unserer Auffassung vollkommen überzogen, vor allem aber wirtschaftlich und ökologisch unsinnig ist“, betonte Steininger zum umstrittenen Anschluß des Ortes an den Zweckverband Wasserversorgung „Ruhstorfer Gruppe“. Den Verantwortlichen der IKT-Schutzgemeinschaft Schmidham empfahl er am Samstag auf deren erster Generalversammlung, sich mit einer Petition an den Bayerischen Landtag zu wenden. Es gelte dabei, auf die Neufassung des Landesentwicklungsprogrammes (LEP) im Abschnitt „Wasserwirtschaft“ zu pochen, nach der ein Erhalt örtlicher Versorgungsanlagen genau zu prüfen sei.

Vor zahlreichen Mitgliedern der IKT-Schutzgemeinschaft und vielen interessierten Bürgern erinnerte Helmut Steininger an die Eingabe des Bundes Naturschutz an den Landtag im Jahre 1980 mit dem Ziel, das Landesentwicklungsprogramm abzuändern. Oberstes Staatsziel sei zuvor gewesen, die Trinkwasserversorgung über Großanlagen sicherzustellen, teilte der Landesgeschäftsführer mit. Um so überraschender sei die positive Behandlung der Eingabe gewesen.

1984, so Steininger, sei das LEP im Abschnitt „Wasserwirtschaft“ neu gefaßt worden. „Örtliche Versorgungsanlagen sollen errichtet, beibehalten und gegebenenfalls saniert werden, soweit eine einwandfreie

faßt werden“, zitierte Steininger aus dem LEP.

Im Hinblick auf das LEP führte der Referent weiter aus, daß bei der Planung neuer Wasserversorgungsanlagen eingehend zu prüfen sei, inwieweit eine quantitativ und qualitativ einwandfreie Versorgung durch den Ausbau bestehender Anlagen sichergestellt werden könne. Bis heute seien diese Bestimmungen des Landesentwicklungsprogrammes nicht berücksichtigt worden, kritisierte Steininger. Zu veranlassen sei auch eine Kosten-Nutzen-Analyse, wobei man feststellen werde, daß eine Sanierung bestehender Anlagen genauso bezuschußt werden könne wie ein Fernwasser-Anschluß. Ebenso fehle bislang eine notwendige Bedarfserhebung, merkte der Landesgeschäftsführer des Bundes Naturschutz an.

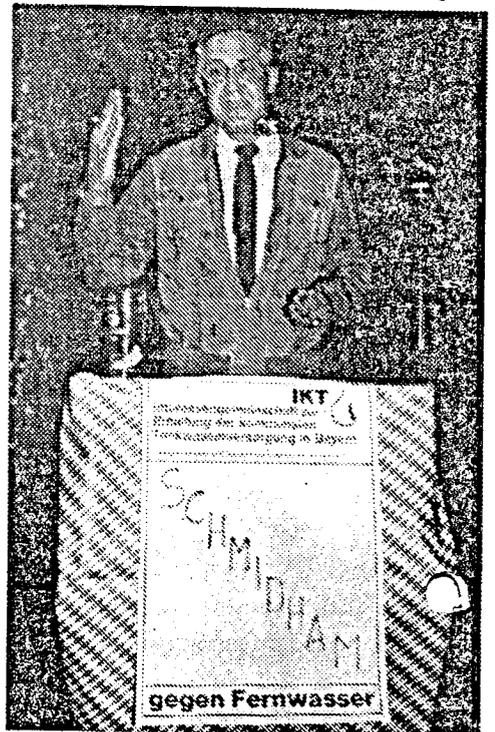
Seine Zuversicht gründete Steininger auf positive Erfahrungen in seiner Rottaler Heimatgemeinde Hirschbach, wo rund 3000 Haushalte die Anschlußanweisungen erhalten hätten, bislang aber „maximal nur an die 1000“ an die Fernwasserversorgung angeschlossen seien. Das Fernwasser bewertete der Redner als kostenintensiv, als Sicherheitsrisiko und als unsinnig im Bereich wasserreicher Gebiete. „Das Hügel-land zwischen Donau und Inn gehört zu den guten Wassergebieten“, unterstrich Steininger. Es sei eine verrückte Situation, sich anstatt des Erhalts eigener Brunnen und Quellen das kostbare Naß abgraben zu lassen.

Ins Gericht ging der Landesgeschäftsführer auch mit der immer stärker gewordenen „Ministerialbürokratie“ im Bereich der Wasserversorgung. Mit der Äußerung „Entweder ihr schließt an oder euer Dorf stirbt“ seien in den Jahren 1970 bis 1975 die Gemeinden restlos überfahren worden, meinte Steininger. Die Zweckverbände hätten sich in Bayern wie „Krebsgeschwüre“ ausgebreitet. „Wenn Sie der Zweckverband einmal in den Klauen hält, dann läßt er Sie nicht mehr los“, mahnte er die Betroffenen in Schmidham zum Kampf um die Eigenwasserversorgung.

Sofern die Eingabe beim Landtag in Sachen Landesentwicklungsprogramm kei-

nen Erfolg bringe, bleibe nur noch der Rechtsweg, sobald die ersten Bescheide des Zweckverbandes einträfen. Steininger empfahl, dann in jedem Einzelfall Widerspruch einzulegen. Ein Widerspruchsbescheid koste zwischen 70 und 80 DM. Zu den Kosten für eine eventuelle Klage beim Verwaltungsgericht merkte er an, daß der Aufwand „garantiert nicht über 500 DM“ liege. Teuer werde es erst beim Verwaltungsgerichtshof in München.

Eine umfangreiche Bestandsaufnahme hatte der IKT-Vorsitzende Andreas Vonnahme im Rahmen der Generalversammlung vorgelegt. Er prangerte in erster Linie die mangelnde Unterstützung von Seiten der Gemeinde und der zuständigen Be-



Rat aus berufenem Munde für die IKT-Schutzgemeinschaft: Helmut Steininger vom Bund Naturschutz. (Foto: Brunner)

den im Fall Schmidham an. Für eine derartige Behandlung der Bevölkerung von Schmidham gebe es in der Demokratie nur eine Möglichkeit, 1990 den Wahlzettel. „Da werden wir solchen Machenschaften ein Ende setzen und diese Leute abwählen“, sagte Vonnahme.

Ihre Verbundenheit mit den Verantwortlichen an der Schmidhamer „Wasserfront“ bekundeten schließlich auch Karl Rabl als erfolgreicher Kämpfer gegen den Zweckverband „Rottal-Inn“ und die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Halo Saibold.

Lindinger schwitzte lieber in der Sauna

Enttäuscht zeigte sich der IKT-Vorsitzende Andreas Vonnahme bei der Generalversammlung über das mangelnde Interesse von Gemeinde- und Behördenvertretern. Weder vom Wasserwirtschaftsamt noch vom Gesundheitsamt und vom Zweckverband „Ruhstorfer Gruppe“ ließ sich ein Repräsentant im Saal des Gasthauses Greineder blicken – trotz rechtzeitiger Einladung. Zum Fernbleiben von Bürgermeister Stefan Lindinger merkte Vonnahme an, das Gemeindeoberhaupt habe ihn wissen lassen, daß er am Samstagnachmittag immer in die Sauna gehe. Selbst der Hinweis, „Schwitzen kannst Du auch bei uns“, habe Lindinger nicht zu einer Teilnahme an der IKT-Generalversammlung bewegen können, so Vonnahme.

Wasserversorgung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand gewährleistet werden kann. Anlagen, die eine einwandfreie und zukunftssichere Versorgung nicht sicherstellen, sollen nach Möglichkeit an andere leistungsfähige Versorgungsanlagen angeschlossen oder zu Gruppen zusammenge-